

Die Roll-Back Falle

Bemerkungen zur Spiegelserie „Die Konsens-Falle“

Der Kapitalismus sprengt seine „Fesseln“

Seit dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ ist eine Entwicklung zu beobachten, die alle bis dahin geltenden Mechanismen zur „Zähmung des Kapitalismus“ in Frage stellt. Dass Kapitalismus zu ungleichen sozialen Verhältnissen führt, ist bekannt. Einstmals wurde es noch als notwendig angesehen, den Armut produzierenden Wettbewerb zu beschränken, oder gewisse Gemeinschaftsgüter dem Markt zu entziehen (Wasser, Strom, Gas, Bildung, Bahn, Post, Telekommunikation etc.). Mit dem Sieg bzw. dem Übrigbleiben des Kapitalismus sind solche marktbeschränkenden Mechanismen verpönt geworden. Wer ihnen nachhängt, muss mit Beschimpfungen als TraditionalistIn, BremserIn, Betonkopf etc. rechnen.

Heute gilt: Möglichst ungebremster Wettbewerb, und der Markt wird es schon richten! Bei einem ungebremsten Wettbewerb darf es natürlich keine effektiven Sozialsysteme geben, denn wo kämen wir hin, wenn die VerliererInnen auch noch für ihr „Versagen“ „belohnt“ würden.

Der Kapitalismus expandiert. Er hat kaum noch „natürliche Feinde“. Die Kapitalinteressen werden immer unverhohlener durch Krieg und Terror durchgesetzt. Den LobbyistInnen des „neuen“ Kapitalismus passen die Staatssysteme des „sozial gebändigten Kapitalismus“ immer weniger. Es wird von Reformstau und untauglichen, veralteten Regierungssystemen gefaselt. Jedes Mal, wenn re-

formwillige Regierungen den Wunschzettel von Industrie, Banken und Versicherungen 1:1 umsetzen wollen, fangen die „traditionalistischen Staatsmühlen“ an, das Ganze zu „zerreden“. Da werden Bedenken angemeldet, wenn Sozialleistungen gekürzt werden, oder wenn eine Gesundheitsreform die 2-Klassen-Medizin weiter etablieren will, oder wenn Studierende für ihr Recht auf Bildung zahlen sollen usw.

Während die ArbeiterInnenklasse – also (verkürzt gesagt) die lohnabhängige Bevölkerung – ihre eigene Existenz leugnet und glaubt, so etwas wie einen „Klassenkampf“ gäbe es heute nicht mehr, sind die KapitalistInnen um so klassenbewusster. In Zentralorganen des Kapitals, wie z.B. dem Handelsblatt, wird recht freimütig zum Klassenkampf von oben aufgerufen. Die Reichen und Mächtigen erkennen ihre historische Chance, das Rad der Geschichte um Jahrzehnte zurückzudrehen. Da gilt es, die sozialen Errungenschaften so schnell als möglich über Bord zu werfen. Wenn dabei einstmals gepriesene Staatsformen hemmend wirken, werden sie eben „reformiert“.



Der Kapitalismus hat sich noch immer die für ihn lukrativste Staatsform geschaffen. Das Motto lautet: Solange die Demokratie die Profite nicht gefährdet, darf sie blühen und gedeihen, wenn aber die Demokratie auf die Wirtschaft überzugreifen droht oder Profitinteressen behindert, dann wird auch gern einmal zu offenem Terror gegriffen. Besonders bekannte Beispiele sind Chile, Argentinien oder auch die faschistischen Systeme in Europa.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland wurde erkannt, dass Nationalsozialismus und Kapitalismus enge Gefährten sind. Also wurden ins Grundgesetz der BRD Mechanismen eingebaut, die es verhindern sollten, dass der Kapitalismus jemals wieder seine Herrschaft mit Terror verteidigen bzw. ausweiten könnte.

Mehr Diktatur wagen

Heute, da antikapitalistische Kräfte kaum noch wahrnehmbar sind, erscheint es folgerichtig, dass der *Spiegel* eine Offensive gegen das „verstaubte Grundgesetz“ eröffnete – für

eine Verfassung der Profitmaximierung. Der *Spiegel* drückt sich freilich gewählt aus: „Im globalen Wirtschaftssystem verliert der Verfassungsstaat an Brauchbarkeit und Legitimation.“

Hauptangriffspunkt sind dabei machtbeschränkende Instrumentarien des Grundgesetzes. Die Grundidee eines demokratischen Verfassungsstaates – die Begrenzung der Macht durch das Recht – wird in Frage gestellt. Der Ruf nach einer „gewählten Diktatur“ wird erhoben.

Damit trifft der *Spiegel* wahrscheinlich den heutigen „Zeitgeist“ recht gut (ein schlauer Mensch sagte einmal: „Zeitgeist ist etwas für Leute, die weder das eine noch das andere haben“). In einer ReferendarInnen-Arbeitsgemeinschaft in Potsdam bspw. brachte es ein auf's Grundgesetz vereidigter Referendar auf den Punkt: „Wir müssen endlich diesen demokratischen Firlefanz überwinden!“.

Der *Spiegel* ruft es laut heraus: „Mehr Diktatur wagen!“ Das Grundgesetz werde doch heute nur noch von einigen Alt-Linken Habermas-JüngerInnen verehrt. Dagegen sind „unabhängige Experten“ wie der konservative Bundesgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier oder der Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann, der in seiner Bank die Diktatur be-

reits zu einer gewissen Vollkommenheit getrieben hat, oder der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel klar für eine „Überwindung des Grundgesetzes“. Und um auch die letzten ZweiflerInnen vom Unsinn des Grundgesetzes zu überzeugen darf natürlich der Hinweis nicht fehlen, dass das Grundgesetz unserer „stolzen Nation“ von den „Besatzern“ aufgezwungen worden sei.

Nieder mit dem GG

Wer also das Grundgesetz verteidigt, muss entweder ein Linker oder ein Feind der „Deutschen Nation“ oder gar beides sein. Und tatsächlich ist es kaum zu leugnen, dass das Grundgesetz mehr und mehr zu bloßer Verfassungslyrik verkommen ist. So war die deutsche Beteiligung an den letzten Kriegen nur durch konsequente Nicht-Beachtung des Grundgesetzes möglich; ähnlich steht es mit den „Anti-Terrorgesetzen“. Die Ignoranz gegenüber den Grundrechten bzw. dem Verbot des Angriffskrieges ist eine Sache. Demokratische Regelungen z.B. in der Gesetzgebung lassen sich dagegen nur schwer ignorieren. Und genau da setzt die Kritik der Roll-Back-VerfechterInnen an. Es wird kritisiert, dass die Regierung ihre Beschlüsse durchs Parlament bringen müsse und dann gegebenenfalls

auch noch den Bundesrat überzeugen müsse, anstatt einfach ihre Beschlüsse umsetzen zu können.

Da sei doch das US-amerikanische Präsidialsystem viel besser. Ein Mann sagt, wo's lang geht! Zu eventuellen Bedenken entgegnet der *Spiegel* ganz lässig: „Natürlich lässt sich darüber streiten, ob es eigentlich für die Welt gut ist, wenn der Präsident – wie in Washington – quasi ganz allein darüber befindet, Kriege zu führen oder die Wirtschaft anzukurbeln. Aber: Da entscheidet jedenfalls jemand.“ Und wenn dieser Jemand ein unfähiger, durch Wahlbetrug an die Macht gekommener, legasthenischer Irrer ist, der von Großkonzernen gekauft ist? Egal! Und wenn diese „Entscheidungen“ dieses „Jemand“ ein paar tausend Menschenleben kosten und die Masse der Überlebenden in Armut stürzen? Egal! Hauptsache ist doch, dass es der Wirtschaft gut geht.

Der *Spiegel* entblödet sich nicht, die ewige Mär vom Vorbild „Wirtschaft“ zu blöken: „Man muss sich überlegen, wie würde das ein großes Unternehmen machen?“ Schließlich hat sich die Wirtschaft auch in Zeiten des sozialisierten Kapitalismus nie demokratisieren lassen. Folglich ist sie ein hervorragendes Vorbild für den Verfassungs-Roll-Back.

Die japanischen Konzerne seien ganz besonders vorbildlich: Das „Wohlgefühl im Team“ werde ständig gesichert, der Krankenstand sei niedrig und die Qualität und Opferbereitschaft der Belegschaften beispiellos. Das Japan eine der höchsten Selbstmordraten hat und das ein Arbeiter kaum Mitbestimmungsrechte oder Chancen zur Persönlichkeitsentfaltung hat, stört da wenig. Hier geht es schließlich um „große Reformen“. Diese humanistisch-betonköpfigen Einwürfe sind es doch gerade, die unseren „Reformstau“ verursachen. Also: Schnauze halten,



Ärmel hochkrepeln und Gürtel enger schnallen!

Beim Thema Wirtschaft darf natürlich auch der Wettbewerb nicht fehlen. Die Länder – so sie überhaupt noch Bestand haben sollen – müssen in Wettbewerb miteinander treten. Dann wird alles gut. Doch das „verstaubte Grundgesetz“ faselt da etwas von „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 72 II GG) – dieses antiquierte Prinzip müsste, laut *Spiegel*, dem Prinzip des Wettbewerbs weichen.

Die Länder sollen weitgehende Gesetzgebungskompetenzen erhalten und so durch „innovative Gesetze Unternehmen ins Land locken können“. Im Klartext heißt das, dass die Länder einen Wettlauf beginnen sollen, wer den geringsten ArbeitnehmerInnenschutz und die größten Steuervorteile für Reiche und Unternehmen bietet. Die Rechnung vom *Spiegel* lautet: Warum sollten Unternehmen gezwungen sein, nach Thailand

etc. auszuwandern nur weil sie Kinderarbeit u.ä. schätzen anstatt einfach zwischen Brandenburg und Hessen wählen zu können.

Bei soviel Wettbewerb sind natürlich Institutionen wie der Länderfinanzausgleich fehl am Platz – damit könnte schließlich die Ungleichheit der Lebensverhältnisse gefährdet werden. Oder wie es der *Spiegel* unübertroffen formuliert: Die „Hungerleider“ sollen nicht auf Kosten „geschickter Zahler-Länder“ leben.

Klar ist, dass in einem „totalen Kapitalismus“ die sozialen Gegensätze extrem anwachsen werden und dass soziale Unruhen die Folge sein können. Also muss ein starker Staat in Sachen Sicherheit geschaffen werden – wie wir das seit Jahren bereits erleben. Mit dem „übertriebenen Rechtsschutz“ des Grundgesetzes muss aber die staatliche Gewalt ständig damit rechnen, dass seine Repressionen gerichtlich beanstandet

werden könnten. Wenn aber die Bundeswehr erst mal im Innern eingesetzt wird, so kann man doch vom deutschen Landser nicht ernsthaft erwarten, dass er erst mal überlegt, ob es rechtmäßig wäre, auf den Pöbel zu schießen. Und wenn

es denn schon rechtswidrig sein sollte, so will doch wohl niemand, dass der arme Schütze (der ja auch psychisch wahnsinnig unter dem Erlebten leidet usw.) auch noch befürchten müsste, vor Gericht gezerrt zu werden.

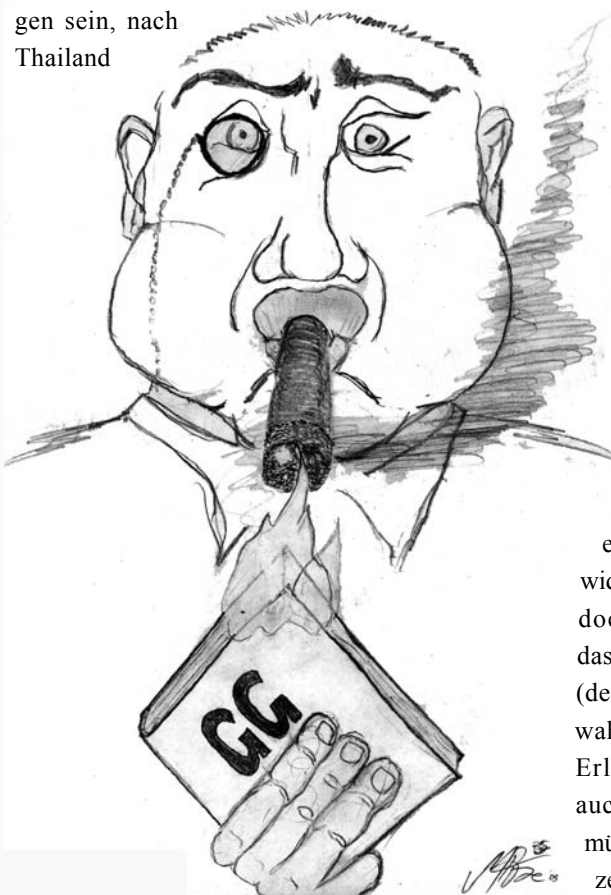
Doch der *Spiegel* denkt mit – er hat die Lösung auch hübsch verpackt: „Der Rechtsstaat behindert die Bürger, statt sie zu schützen“ und deshalb müsse die Rechtsweggarantie eingeschränkt werden. Diese verblüffende Logik macht durchaus Sinn. Polizisten und Militär sind schließlich „Bürger in Uniform“ und die werden tatsächlich durch den Rechtsstaat „behindert“ – das war eigentlich auch mal der Sinn und Zweck des Rechtsstaates...

Dass das „alte Pluralismus-Prinzip“ überwunden werden muss, versteht sich von selbst. Aber der *Spiegel* hat in seiner Reform-Liste auch Vorschläge, die nachdenkenswert erscheinen mögen. So garniert er seinen Frontalangriff auf die Demokratie im Namen der Profitmaximierung mit der Forderung nach plebiszitären Elementen oder nach einem Staatsziel Bildung. Das der in Sachen verstaubter Menschenrechte inkompetente *Spiegel*-Autor übersehen hat, dass Bildung bereits ein Menschenrecht ist (Art. 2 des 1. Zusatzprotokolls der EMRK) sei ihm verziehen. Schließlich hat er beim Schreiben große Visionen vom „totalen Markt“ gehabt...

Widerstand?! (Art. 20 IV GG)

Widerstand gegen die Diktatur-Gelüste wird es wohl kaum geben. Parlamentarische Opposition liegt brach. Die Gewerkschaften würden mitmachen, wenn nur „ihr Kanzler“ dabei nicht zu Schaden käme und von einer bedeutenden außerparlamentarischen Bewegung fehlt jede Spur.

Dabei ist es doch purer Wahnsinn, wenn allgemein bekannt ist, dass es eine Hand voll immer reicher werdender Super-Reicher auf Kosten immer mehr verarmter Bevölkerungsschichten gibt und gleichzeitig alles



Heil im Abbau der Sozialsysteme gesucht wird. Die MillionärInnen und Konzernvorstände dieser Republik und dieser Welt lehnen sich an ihren Pools zurück und lachen sich schlapp, wenn die MieterInnen, ArbeitnehmerInnen und SozialleistungsempfängerInnen dieser Republik und dieser Welt bereitwillig Einsparungen hinnehmen und die Senkung des Spitzensteuersatzes fordern. „Wir müssen doch alle sparen ... Na ja wenn's Arbeitsplätze bringt.“ – Seit über 20 Jahren heißt es, dass „Sparmaßnahmen“ und Geschenke

an „die Wirtschaft“ zu Arbeitsplätzen führen; die Vollbeschäftigung müsste längst verwirklicht sein.

Und Einsparungen sind natürlich immer nur ganz unten dringend notwendig. Die UnternehmerInnen sparen Arbeitsplätze, die Reichen sparen sich die Steuerzahlungen und pro Atlantiküberquerung ein paar Bonusmeilen, da darf der klägliche Rest nicht außen vor stehen – und Papa Staat hilft beim Sparen. Und die Masse lässt es sich gefallen.

Die „traditionalistischen Betonköpfe“ namens Chumbawumba san-

gen einmal: „Sie brechen Euch die Beine und Ihr sagt auch noch Danke, wenn sie Euch danach Krücken anbieten.“ Die gebetsmühlenartigen Phrasen wie, „die Kassen sind leer“, „es ist kein Geld da“ oder „wir müssen sparen“ bleiben nicht ohne Wirkung. Ein anderer „Betonkopf“ namens Rio Reiser hätte darauf aber gesungen:

„Alles Lüge!“

Cabeza de Hormigon

Wie weiter mit den Gewerkschaften?

Zu den Auswirkungen des Streiks in Ostdeutschland

Bevor sich unsere gesellschaftliche Elite in den nichtitalienischen Sommerurlaub begaben, haben sie noch rechtzeitig den Streik der IG Metall für eine 35 Stunden-Woche in Ostdeutschland niedergeschlagen. Unternehmerverbände und von ihnen bestellte „Experten“, ost- und westdeutsche PolitikerInnen von Clement bis Gysi, gleichgeschaltete Medien von *Bild* bis *taz* – sie alle waren sich einig: der „unvernünftigen“ IG Metall, dem Flaggschiff der deutschen Gewerkschaftsbewegung, müsse ein entscheidender Schlag versetzt werden. Unterstützt wurden sie dabei von gewerkschaftlichen „Modernisierern“, wie dem Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Klaus Franz, von Klaus Zwickel und Berthold Huber. Der mächtige Propagandaapparat der IG Metall kochte während des Streikes auf Sparflamme und die Führung stellte in der Begründung für den Arbeitskampf um die

35-Stundenwoche überwiegend die Gerechtigkeitsfrage in den Mittelpunkt und nicht die Produktivitätszuwächse bzw. die bereits im vorangegangenen Tarifvertrag festgelegte Verhandlung über die Arbeitszeitverkürzung. Damit wurde es Medien, Regierung und ArbeitgeberInnen einfach gemacht: „Der Gerechtigkeit für den Osten“, wurde die Sicherung von Arbeitsplätzen und Produktionsstandorten durch längere Arbeitszeiten gegenüber gestellt.

Ohne das Treffen der Tarifkommission und die Urabstimmung abzuwarten (ohne demokratische Legitimation durch die Basis), haben die „Modernisierer“ der IG Metall den Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland für beendet erklärt. Damit bleiben die Kollegen in den neuen Ländern Beschäftigte zweiter Klasse. Das gewerkschaftliche Grundprinzip: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist das ei-



gentliche Opfer der hausgemachten Streikniederlage in Ostdeutschland. Und schlimmer: Der Flächentarifvertrag ist tot. Zwar wirken dessen Regelungen für die derzeit Festgestellten nach, aber nun muss in jedem einzelnen Betrieb ein Haustarifvertrag durchgesetzt werden. Dabei stehen alle Regelungen des Manteltarifs, zum Beispiel die Übernahme der Azubis, auf dem Spiel.

Beschäftigte in Ost und West werden die Folgen dieser Niederlage